

thema:

## Nationalkultur – Leitkultur – Kulturkultur

### Kultur als Verlustanzeige?

Die Ev. Akademie Loccum ist für die *Kulturpolitische Gesellschaft* ein besonderer Ort. Und dies nicht nur, weil der Gründungsimpuls für die Vereinigung Anfang der 70er Jahre aus den ersten Kulturpolitischen Kolloquien entstanden ist, sondern auch, weil Loccum in den zurückliegenden 25 Jahren für die *Kulturpolitische Gesellschaft* immer ein Ort der Selbstverständigung und der programmatischen Reflexion war. Nicht immer spektakulär, manchmal sogar von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, haben sich die Tagungen und Debatten in dieser Akademie eingeschrieben in die Programmgeschichte der Neuen Kulturpolitik und in das Gedächtnis der *Kulturpolitischen Gesellschaft*.

Das Thema, mit dem das diesjährige 45. *Kulturpolitische Kolloquium* (16. – 18. Febr. 2000) überschrieben war, knüpfte an diese Diskurstradition an: »Vielfalt und Beschränkung – Ortsbestimmungen der Kulturpolitik«. Welche Botschaft war damit annonciert, welche Provokationen darin angelegt? Vielfalt ist die auf den Begriff gebrachte Konsensformel der Neuen Kulturpolitik. Sollte sie etwa in Frage gestellt werden? Beschränkung der Vielfalt also? Nein, das gewiss nicht. Und doch stand bei der Themenformulierung die Skepsis Pate, dass der eingeschlagene Weg der kulturpolitischen Reform mit dem Leitbild der Vielfalt kein wirkliches Ziel mehr vor Augen hat und den Boden unter den Füßen zu verlieren droht.

Die Befunde und Argumente sind widersprüchlich. Einerseits wird beklagt, dass kulturelle Einrichtungen geschlossen werden müssen, Kulturämter keine Veranstaltungen mehr organisieren sollen und ein Kulturabbau in größerem Stil befürchtet werden muss. Andererseits ist – meist weniger öffentlich und hinter vorgehaltener Hand – zu hören, dass Theater, Museen, Konzertveranstaltungen oder Ausstellungen über Besuchermangel klagen. Und es wird offenkundig, was der emphatischen Kulturpolitik der 70er und 80er Jahre nicht in den Sinn kommen konnte, dass die Ressource des kulturellen Interesses nicht unerschöpflich, sondern begrenzt ist. (siehe dazu auch den Beitrag von Wolfgang Hippe in diesem Heft, S. 16-18)

Gibt es heute zu viel Kultur – zu viele privat und öffentlich finanzierte kulturelle Angebote und Einrichtungen? Noch vor 10, 20 Jahren wäre diese Frage

töricht gewesen. Heute müssen wir sie stellen. Nicht, weil sie prinzipiell und generell zu bejahen wäre, sondern weil sie das Nachdenken darüber anregen kann, wie eine Kulturpolitik jenseits der eingefahrenen Wachstumslogik aussehen kann. Und dass diese kein guter Ratgeber mehr ist, liegt auf der Hand. Die Knappheit der öffentlichen Finanzen, insbesondere in den Kommunen, spricht dafür. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen bei überdurchschnittlich hohem Infrastrukturbestand vor allem in den ostdeutschen Städten ist zu bedenken. Und schließlich ist eingetreten, was die Kulturpolitik selbst gefordert hat: Der Markt und die Medien bemächtigen sich dieses Themas und werden zunehmend zum Konkurrenten für die öffentlichen ›Kulturanbieter‹. Wen wundert es da, dass Fragen der Auslastung anstehen und in den ›neuen‹ Ländern sogar über den Rückbau von Kultureinrichtungen die Rede ist? Aber die Kulturpolitik schweigt beharrlich – und baut Museen.

Selbst in dem ›politikfreien‹ Raum der Ev. Akademie ist die Provokation der (Selbst-)Beschränkung nicht produktiv geworden. Selbst hier wurde nicht ausgesprochen, was zumindest denkmöglich ist, dass Vielfalt auch mit Fülle verwechselt werden kann. Und dies, also die Tabuisierung dieser Option, hat damit zu tun, dass im Stammbuch der Neuen Kulturpolitik geschrieben steht, dass es niemals zu viel Kultur(-angebote) geben kann. Niemand wird diese Botschaft bezweifeln wollen, aber der Hinweis muss erlaubt sein, dass sie formuliert wurde vor dem Hintergrund der Situation und der Erfahrungen in der Nachkriegszeit und vor der sog. ›Wende‹. Inzwischen ist aber einiges geschehen. Das öffentliche Kulturangebot hat sich vervielfacht, was im übrigen unbestritten ein Verdienst der Neuen Kulturpolitik ist und die reiche kulturelle Kulturlandschaft der ostdeutschen Städte und Gemeinden ist hinzugekommen. Die Herausforderung für öffentliche Kulturpolitik besteht heute deshalb darin, innovationsfähig – und nicht nur eventfähig – zu bleiben, ohne über nennenswertes Wachstumsmittel zu verfügen. Und dies hat zu tun mit der Formulierung von Prioritäten und der Bestimmung von Qualitäten, aber eben auch mit Konzentration und Beschränkung. Die Frage ist nur, ob dies eine politisch realistische Option ist. Politischer Erfolg misst sich eben in Kriterien des Wachstums. Da macht die Kultur keine Ausnahme.

Dr. Norbert Sievers ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn.



Vielleicht wäre der Funke in Loccum gezündet, wenn Konrad Paul Liessmann Gelegenheit gehabt hätte, seine Provokation vorzutragen. Leider war er krankheitsbedingt verhindert. Sein Plädoyer für eine Verengung des Kulturbegriffs geht an die ›Substanz‹ der Neuen Kulturpolitik und sollte deshalb nicht undiskutiert bleiben. (Kommentare hierzu sind ausdrücklich erwünscht! Wir haben dazu im Internet unter [www.kupoge.de](http://www.kupoge.de) ein ›Leserforum‹ eingerichtet.)

Ist Kultur heute wirklich »Kulturverweigerung«, ein »Resignationsbegriff« zum Zwecke der »Nachlassverwaltung klassischer Utopien«, weil er keine neuen Werte mehr repräsentiert oder generiert? Hat sie ihre identitätsbildende und sinnstiftende Kraft verloren? Stimmt es, dass Kultur eine »Verlustanzeige« ist, weil in ihrem Namen vor allem Dinge thematisiert werden, die entweder »verschunden« oder »verpönt« sind? Die inflationäre Gründung von Museen und die große Bedeutung des kulturellen Erbes und Denkmalschutzes würde dafür sprechen.

Was ist davon zu halten, wenn Liessmann schreibt, dass Kultur der »natürliche Opponent der Ökonomie« ist, dass in einer Gesellschaft, in der die »Geschwindigkeiten von Medien und Märkten« dominieren, alles mögliche entstehen mag, »nur keine Kultur«? Was bedeutet dieses Statement, vorausgesetzt, es ist plausibel, für eine Kulturpolitik, die sich gerade anschickt, jene »kreativen Allianzen« und »Verantwortungspartnerschaften« zu feiern, die sich eben durch keine ›Berührungspunkte‹ mehr ›auszeichnen‹? Garantiert Kulturpolitik noch den »Schutz der Höhlen«, den Liessmann einfordert, um Kultur vor Vernutzung und Geschäftigkeit zu schützen?

Schließlich: Hat Kulturpolitik sich in eine Legitimationskrise hineinmanövriert, weil sie vor dem Hintergrund eines erweiterten und egalitären Kulturbegriffs »alle Kulturen und Lebensstile als gleichwertig akzeptiert« und dadurch keine Unterscheidung mehr treffen und legitime Förderkriterien mehr definieren kann? Erübrigt sich vor diesem Hintergrund »jede kulturpolitische und kulturpädagogische Intervention«? Mag sein, dass die Frage – so zugespitzt – ins Leere geht. Aber bedenklich und symptomatisch ist schon, dass die Diskussion über Prioritäten zwar seit vielen Jahren gefordert, aber nie ernsthaft und öffentlich geführt worden ist.

»Zwischen Vielfalt und Beschränkung« - das Thema des Loccumer Kulturpolitischen Kolloquiums bleibt aktuell, zumal die Optionen nicht alternativ zueinander stehen. Auf das »zwischen« kommt es an, wenn es um die Ortsbestimmung der Kulturpolitik geht. Diesen (Zwischen-)Raum auszuloten und auszuleuchten, sollte die Aufgabe des kulturpolitischen Diskurses sein – möglichst ohne Scheuklappen. Die folgenden Beiträge können auch vor diesem Hintergrund gelesen werden, auch wenn sie nicht



alle dezidiert zu diesem Thema Stellung beziehen.

So hält auch Albrecht Göschel\*, dessen kritische Einwendungen gegenüber einer bisweilen sehr selbstgefälligen (Neuen) Kulturpolitik bekannt sind, der noch aktuellen kulturpolitischen Programmatik – wenn auch mit anderer Intention – den Spiegel vor, wenn er schreibt, dass »Klassen- und Oligarchienherrschaft« sich »besonders in der Kulturpolitik« erhalten hätten. Auch dieser ›Befund‹ müsste eigentlich irritierend wirken auf dem Hintergrund der Absicht, eine »Kultur für alle« erreichen zu wollen, die mit dem Anspruch der Chancengleichheit verbunden ist. Offenbar muss auch in der Kulturpolitik fein unterschieden werden zwischen dem, was programmatisch formuliert, und dem, was praktisch erreicht werden kann.

Und während Liessmann darum bemüht ist, seinen verengten Kulturbegriff von lebensweltlichen Bezügen fernzuhalten, weil Kultur nie das »eigentliche Leben« sei, sondern das, was es sonst noch gibt, ein »Nebenbei« und »Darüber hinaus« ohne wirkliche Funktion, reklamiert Göschel gerade diese Funktionalität im Kontext der neuen Intermediarität der Kommune. Als Mittel einer kommunalen Identitäts- und Integrationspolitik ist ihm Kultur eben doch als affirmative Kunst möglich, weil sie »Emotionen und Empathie evoziert« und Identifikation ermöglicht, womit er allerdings wieder sehr nahe an den Wurzeln und Begründungen der Neuen Kulturpolitik angelangt wäre, deren Diskussion offenbar noch immer aktuell ist.

Norbert Sievers

45. Kulturpolitischen Kolloquium in Loccum.

Podium am ersten Abend mit (v.l.) Albrecht Göschel, Hans Peter Burmeister (Ev. Akademie Loccum) und Hermann Glaser (Foto: Franz Kröger)

\* Leider konnte Albrecht Göschel uns seinen Vortrag nicht mehr verschriftlichen. Wir haben ihn deshalb gebeten, einen anderen Text zur Veröffentlichung zu überlassen, in dem sich die in Loccum vorgebrachten Thesen z.T. wiederfinden.